



Volkstrauertag: Kranzniederlegung für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft am 17. November 2013

Volkstrauertag: Kranzniederlegung für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft am 17. November 2013
Am Volkstrauertag werden Repräsentanten der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland sowie der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (VDK), der Generalinspekteur der Bundeswehr und Repräsentanten des Landes Berlin in der Neuen Wache in Berlin Kränze niederlegen. Alljährlich wird am Volkstrauertag der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft mit einer Kranzniederlegung in der Neuen Wache gedacht, die seit 1993 die Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland ist. Bundesweit werden die obersten Bundesbehörden und ihre Geschäftsbereiche sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht von Bundesbehörden unterstehen, halbmask beflaggt. In diesem Jahr nehmen an der Kranzniederlegung teil: Bundespräsident Dr. h. c. Joachim Gauck, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Ulla Schmidt (in Vertretung des Präsidenten des Deutschen Bundestages), Präsident des Bundesrates Stephan Weil, Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière (in Vertretung der Bundeskanzlerin), Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. Markus Meckel, Generalinspekteur der Bundeswehr Volker Wieker, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin Ralf Wieland, Senator für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Berlin Thomas Heilmann (in Vertretung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin), Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Dorotheenstr. 84, 10117 Berlin, Deutschland, Telefon: 030 18 272-0, Telefax: 030 18 10 272-0, Mail: internetpost@bundesregierung.de, URL: <http://www.bundesregierung.de/>

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".